

NRW-Bürgermeister will sich bewaffnen – er fühlt sich von „Rechten“ bedroht



In Zeiten, in denen die Bürger täglich damit rechnen müssen von Merkels Neo-Plus-Deutschen aus diversen Gewaltdkulturen gemessert, erschlagen oder vergewaltigt zu werden, ihnen vermehrt vom Staat verharmloste Gewalt von links droht und ihnen zunehmend der Zugang zu Waffen verwehrt werden soll, sogar das nichtgenehmigte Mitführen von Pfefferspray unter Strafe steht, fordert ein Bürgermeister aus NRW das Recht sich zu bewaffnen, weil er sich von „Rechten“ bedroht fühlt.

Wie die „Rheinischen Post“ berichtet begehrt ein nicht namentlich genannt werden wollender Bürgermeister einer NRW-Gemeinde die Erlaubnis zum Führen einer schussbereiten Waffe, wegen seiner „besonderen Gefährdungslage“ von rechts.

Die zuständige Polizeibehörde verweigerte dem sich von Mails und Hass im Internet bedroht fühlenden Politiker die Erlaubnis. Die Gefährdungslage reicht offensichtlich nicht aus. In der Regel erhalten diese Genehmigung sinnvollerweise Richter und Staatsanwälte, die im Bereich der organisierten Kriminalität agieren. Der sich bedroht und nun auch unverstanden fühlende Bürgermeister brachte nun Klage beim Düsseldorfer Verwaltungsgericht ein, um sein Anliegen durchzusetzen. Die Verhandlung ist für den 21. Januar angesetzt.

Insgesamt zeichnet der Fall eine fatale Entwicklung. Während sich bis an Zähne bewaffnete Araber- und Zigeunerclans in unseren Straßen tummeln, Gewalt von Linken und die Verbrechen gegen Leib und Leben der Bürger seitens der ins Land gebetenen Mörder, Schläger und Frauenschänder verharmlost oder verschwiegen werden sollen, wollen sich nun sogenannte Volksvertreter bewaffnen, um auf die eigenen Bürger schießen und diese, im engsten Sinn des Wortes, mundtot machen zu können.

Demnächst heißt es vielleicht, Vorsicht beim Besuch im Rathaus, ihr Bürgermeister könnte bewaffnet sein. (lsg)